

Liebe grüne Mitstreiterinnen, liebe Delegierte!

1) Warum ich beim Bundeskongress ab Platz 2 antrete und diese Ideen in das grüne Wahl-Programm zur EP-Wahl einfließen könnten.

- Beim Klimaschutz gibt es hohen wissenschaftlichen Konsens und Mehrheiten in der Bevölkerung für effektiven und ambitionierteren Klimaschutz, die weit darüber hinaus gehen als es Regierungen und Parlamente in ihrer Gesamtheit gewillt sind umzusetzen.¹² Diese Mehrheiten in der Bevölkerung können sich derzeit nicht manifestieren, während starke fossile Interessen und finanzstarke Personen Mehrheiten in Parlamenten und Regierungen für 1,5°C kompatiblen Klimaschutz blockieren.³
- Der Klimaschutz, der für 1,5°C maximale Erderhitzung bis zum Jahr 2100 notwendig ist, wird zu starken Veränderungen in der Wirtschaft und im täglichen Umfeld der Österreicherinnen und Europäerinnen führen. Er kommt verstärkt in der nächsten EU-Parlamentsperiode bei den EU-Bürgerinnen, bei ihren Wohnungen, Häusern, Fahrzeugen an. Es ist bei intelligenter Gestaltung der Transformation des Energie- und Wirtschaftssystems mit keinen Einbußen und Verzicht zu rechnen, aber die Milliarden-schweren Investitionen in Erneuerbare Energien, Netze und Energieeffizienz sowie der Ausstieg aus fossiler Energie und Verhaltensänderungen, neue nachhaltiger Lebensstile brauchen die Akzeptanz der Bevölkerung. Bisher fehlt die ausreichende Einbindung der Bevölkerung in die Klimaschutzpolitik und deren Möglichkeit letztgültig zu entscheiden um soziale Ungleichheiten zu reduzieren und den Klimaschutz zu ihrem Projekt zu machen.
- Die Demokratie ist in Österreich, wie auch in Europa gefährdet. Ein breites Ohnmachtsgefühl zu den Entscheidungen „von oben“ macht sich breit, das von Klimaschutz-skeptischen politischen Akteuren und Extremisten aufgegriffen und verstärkt wird. Gleichzeitig werden Minderheiten und Klimaschützer attackiert⁴ und als Sündenböcke aufgebaut. In Demokratien stark gewordene politische Führerinnen⁵, meist Männer, beseitigen zunehmend die Gewaltenteilung, unabhängige Medien und Gerichte und reduzieren sukzessive die Rechte der Zivilgesellschaft.

Meine Antwort auf diese beiden zentralen gefährlichen Tendenzen:

- Es braucht **mehr direkte Demokratie und repräsentative Bürgerinnenbeteiligung zur Ergänzung der repräsentativen Demokratie**. Davon würde der Klimaschutz aber auch die Bevölkerung unmittelbar und kurzfristig über eine fairere Einkommens- und Vermögensverteilung profitieren. Direkte Demokratie in Form **von Volksabstimmungen als Recht der Bevölkerung und Bürgerbeteiligung** z.B. in der Form des österreichischen Klimarats, eingefügt in die europäische und

¹ <https://www.nature.com/articles/s41558-024-01925-3>

² [Erwin Mayer: Klimaschutz und Menschenrechte : Hölzel Journal \(hoelzel.at\)](#)

³ [Experte: Bevölkerung bei Klimaschutz weiter als Politik \(kurier.at\)](#)

⁴ [Wer klebt fest? \(youtube.com\)](#)

⁵ Aktuelle oder jüngst zurückliegende Beispiele sind u.a.: Fidesz in Ungarn, PIS in Polen und die Post-Faschisten in Italien [Verfassungsreform: Wie Meloni Italiens Republik umbauen will - ZDFheute](#)

österreichische Demokratie und Verfassung/europäischen Verträge⁶, werden dem Klimaschutz und einer gerechteren Steuerpolitik mit ausreichend hoher CO2-Bepreisung zum Durchbruch verhelfen, da gibt es allen Grund zum Optimismus. Meine Schlussfolgerung „Wenn wir ein gutes Leben für Alle, die Vielen erreichen wollen, müssen wir uns auch für eine Demokratie mit unmittelbarer, sachbezogener Entscheidungsgewalt für die Vielen, die Bevölkerung einsetzen, von der Gemeindeebene bis zur Europäischen Union.“

- Das durch dieses Verfahren der direkten Demokratie und Bürgerbeteiligung ausgedrückte **Vertrauen in die Bevölkerung** wird auch am Wahltag **durch mehr Vertrauen in die Grünen belohnt** werden.

2) Vorschläge für das Wahlprogramm und die Wahlbewegung zur Europawahl

Ideen für den Auftritt der Grünen zur EU-Wahl:

Mögliche Slogans und Überschriften für die EU- und NR-Wahl: „Klimaschutz für und mit Euch“; „Klimaschutz auf Augenhöhe“; „Es ist Euer Klima, das wir gemeinsam schützen wollen“; „Wenn Ihr uns wählt, wählt Ihr Euren Klimaschutz selbst“; „Direkte Demokratie und Bürgerinnenbeteiligung, wie Ihr sie wollt“, mit entsprechendem Auftreten und dazu passender Kommunikation.

- a. Pressekonferenzen, Kontakt zu Medien, v.a. dann, wenn die Bevölkerung dabei ist und Mandatäre mit ihr über Inhalte, Ideen und Kritikpunkte diskutieren. **Vermeiden von zu viel Kommunikation von oben nach unten oder von innen (der Politik) nach außen (den Wählerinnen)**, bzw. von Kommunikationskanälen bei denen keine Antworten, kein Dialog unmittelbar mit der Bevölkerung möglich ist. Keine klassischen Giveaways, kaum oder keine Plakate und Belangsendungen.
- b. Besser wäre: **inhaltlich vorbereitete Diskussionen mit den Menschen vor Ort**. Jeder kann buchstäblich auf Augenhöhe mitreden. Niemand wird überhört oder ignoriert. Jeder, der will, kommt zu Wort oder kann zumindest schriftlich seine Hoffnung, Befürchtung, Ärgernis etc. auch anonym einbringen. Argumente werden aufgeschrieben und mündlich und schriftlich vor Ort oder in einem überschaubaren Zeitraum nachträglich und öffentlich beantwortet. Das geschieht dialogisch in mehreren Runden. Die Diskussion wird systematisiert und nach Zielen, Instrumenten und Maßnahmen gebündelt. Die Diskussionsstränge werden auf einer homepage veröffentlicht und den Medien vorgestellt. Die Teilnehmerinnen, die einverstanden sind, können live mitdiskutieren und alle interessierten Menschen die Aufzeichnungen nachverfolgen. Eine **höchstmögliche Transparenz des Prozesses** ist anzustreben. Wenn ein Thema nach Ansicht der Menschen vor Ort ausreichend diskutiert und notwendiges Wissen von Expertinnen berücksichtigt wurde, wird in **simulierten Volkabstimmungen** mit einer Wahlzelle vor Ort oder auch online abgestimmt und danach ausgezählt und das Ergebnis veröffentlicht.⁷ Die Ekklesia der griechischen Antike, die zu Beginn auf der Agora (Marktplatz) später auf der Pnyx⁸ abgehaltenen wurden, ist hier Vorbild, wird aber ins 21. Jahrhundert übersetzt. Social Media dienen nicht nur dazu diese Events bekannt zu machen,

⁶ <https://m.youtube.com/watch?v=UNgkQcdIGcM> Ist direkte Demokratie populistisch? - Francis Cheneval, ZAZH-Ringvorlesung

⁷ Abstimmung21: Die Ergebnisse | Democracy International e.V. (democracy-international.org)

⁸ Pnyx – Wikipedia

sondern werden auch genutzt um nicht anwesende Personen zu beteiligen.⁹ So hat z.B. die Beteiligungssoftware Rousseau von der 5 Sterne Bewegung hier gute Mitwirkungsmöglichkeiten für die Basis und interessierte Mitglieder geschaffen.¹⁰ Aber auch Podemos und die Madrider Stadtregierung etc. haben innerparteiliche aber auch gesamtstaatliche, digitale und teils überparteiliche, digitale Beteiligungsmodelle und Verfahren entwickelt.

- c. **„Red ma drüber“ und „Zusammensetzen“ soll erweitert werden zu „Wie würdest Du Klimaschutzpolitik machen?“ und „So geht es sich aus“, „Über diesen Gesetzesvorschlag möchten wir entscheiden“¹¹**

Bei diesen **Wahl- und Beteiligungsveranstaltungen** werden z.B. die drei Hauptanliegen der Kandidatinnen ausgewählt und drei durch die anwesenden Teilnehmerinnen aus der Bevölkerung bestgereichten Themen. Über diese sechs Themen wird dann vor Ort, bei Wahlveranstaltungen, zielorientiert diskutiert. In diese Richtung geht bereits das „Zusammensetzen“-Format¹² und die „Red ma drüber“-Kampagne mit einer starken Zuhören-Komponente. Darüber hinaus sollten Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden können bis hin zu Ge- und Verboten, Förderungen und deren budgetäre Bedeckung, Steuern und Steuergewichtungen im EU- oder Österreich-Budget. **Der Souverän kann und soll speziell über den Kern der Souveränität, Steuern, Budget und Ausgabenstruktur diskutieren und entscheiden.** Zumindest das **Niveau von Punktationen und Eckpunkten für Gesetzesvorhaben sollte erreicht werden.** Bei entsprechender Vorbereitung ist so eine Beteiligungsform innerhalb eines Nachmittages möglich. Entscheidend ist, dass die Teilnehmerinnen praktisch erfahren wie direkte und deliberative Demokratie zu den wichtigsten Themen aussehen könnte, was es auch mit ihnen macht. Sie erfahren dieses Konzept unmittelbar und werden nicht nur über Broschüren, Homepages, Medienberichte, Q&As etc. über die Themen und Programme der Grünen informiert. Die konkrete Betroffenheit für die Bevölkerung könnte z.B. im Klimaschutz/Energiebereich u.a. durch eine Energieberatung zu den diskutierten Klimapolitiken erreicht werden.¹⁴ Im Gegensatz zu klassischer Energie- und Mobilitätsberatung sind die politischen Entscheidungen als Rahmenbedingungen aber nicht gegeben und unveränderlich, sondern deren Gestaltung durch die Bevölkerung steht im Mittelpunkt dieser Art von Wahlveranstaltungen.

- d. **Besuch der Klimakatastrophen Regionen in Österreich** um mit der Bevölkerung und den Opfern das Verursacherprinzip, Kompensation und Versicherungslösungen zu diskutieren. Damit soll zweierlei verdeutlicht und thematisiert werden:

⁹ [Crowdsourcing als Fortschritt in der Bürgerbeteiligung | Democracy International e.V. \(democracy-international.org\)](https://democracyinternational.org/)

¹⁰ [The 5-Star Movement and «Rousseau»: a platform for direct democracy | by @itsmyblog | Medium](https://medium.com/@itsmyblog/the-5-star-movement-and-rousseau-a-platform-for-direct-democracy-by-itsmyblog-medium)

¹¹ Um auszudrücken, dass es um eine Gestaltung der Klimapolitik durch und mit der Bevölkerung in Form von Klimaräten geht sowie um eine finale, verbindliche Entscheidungsmöglichkeit in Form einer Volksabstimmung hat eine Plattform aus FFF, XR, Jugendrat und mehr demokratie! den Titel gewählt: [Wir-entscheiden-Klima.at – Bewegung für eine Teilhabe von BürgerInnen an der Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft](https://www.wir-entscheiden-klima.at/) mit einem Leitfaden für Klimaräte.

¹² [Setz ma uns z'samm - Wir laden dich ein \(gruene.at\)](https://www.gruene.at/setz-ma-uns-zusamm-wir-laden-dich-ein)

¹³ Dieser Slogan wird allerdings von zahlreichen Parteien und Kabarettisten und Initiativen bereits breit genutzt.

¹⁴ Unter dem Parteivorsitz von Prof. Alexander van der Bellen und dem Klubreferenten Dr Dieter Hornbacher wurde mit einfachsten Mitteln die damalige ökosoziale Steuerreform und deren konkrete Auswirkungen an Be- und Entlastungen mit einer Eingabemaske für Haushalte und Unternehmen nachvollziehbar gemacht. Jeder konnte für sich die persönliche Betroffenheit ausrechnen.

1. Die **Klimakrise ist in Österreich angekommen** und führt zu hohen finanziellen Verlusten bei Hausbesitzern, Gewerbebetrieben, der Landwirtschaft u.a.. Dafür gibt es bis jetzt keine adäquate Antwort, einen nicht ausreichenden Katastrophenschutzfonds, einen Ausschluss von der Versicherungsleistung oder zu hohe Prämien für private Versicherungen.
2. Es braucht die **CO2-Bepreisung um ausreichend Mittel von den Verursachern der Klimakrise einzuheben** um u.a. auch damit den Opfern einen Rechtsanspruch auf Entschädigung gewähren zu können. Es soll zu einem Zahlungsstrom von den Verursachern zu den Klimakrisen-Opfern kommen.¹⁵

3) Kommunikation mit der Parteibasis und den Bürgerinnen nach der EU-Wahl: rechtzeitig, dialogisch, partizipativ, egalitär, konkret und wissenschaftsbasiert.

- Nach der EU-Wahl würde ich die **EU-Gesetzesvorhaben (Richtlinien, Verordnungen) laufend und in einem frühen Stadium vor der Entscheidungsfindung der Parteibasis aber auch der interessierten Öffentlichkeit vorstellen** und wiederum für Haushalte und Unternehmen möglichst konkret runterbrechen und mit ihnen u.a. die finanzielle Betroffenheit ausrechnen. Die Pro- und Contra-Argumente aus der grünen Basis und der Bevölkerung, neue **Ideen und Abänderungsvorschläge werden im grünen Europateam systematisch aufbereitet und eingebaut oder gut begründet abgelehnt**. Wenn jemand andere Positionen, die von den Grünen nicht geteilt werden, trotzdem in den Gesetzgebungsprozess einbringen will, soll ihm ein erweitertes Volksinitiativrecht zur Verfügung stehen. Siehe nachfolgendes Demokratiekapitel.
- Die ausgearbeiteten **Vorschläge und Kritikpunkte** werden, wo mit vertretbarem Aufwand machbar, **mit der Wissenschaft abgeklärt** und in die Diskussion zurückgespielt.
- Keine Stimme, kein Kritikpunkt oder Vorschlag wird unterdrückt. Nur Argumente ad hominem¹⁶ oder Beleidigungen werden separat angeführt aber nicht weiter berücksichtigt. Nicht nur Kommentare, die aktiv und direkt an die Grünen gerichtet sind, werden berücksichtigt, sondern auch aktiv die **Leserbriefseiten und Kommentarspalten sowie die wichtigsten blogs und foren durchkämmt** um die sachliche Meinung zu aktuellen EU-Politikfeldern zu erfassen.
- Nicht jeder Person direkt, aber **alle eingebrachten Argumente berücksichtigend, wird ein Gegenargument oder eine Erklärung geliefert**. Dies sollte in mehreren Runden passieren um den Diskurs und die Weiterentwicklung der Argumente und Kompromissvorschläge nachvollziehbar zu machen. Darüber hinaus sind gemäß dem **legal- bzw. legislativ footprint** die Kontakte zu Interessensvertretern und Lobbyisten und deren Positionen und Dokumente zusammengefasst darzustellen um sie der interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.¹⁷

¹⁵ Die Kompensation durch die Verursacher geht über die Internalisierung externer Kosten, die nur zu einem Zahlungsstrom von den Verursachern zum Staat führen hinaus. Siehe Emissionshandel-Kapitel

¹⁶ Mei Lei zu Populismus und Zerstörung des öffentlichen Diskurses: [So werden wir von der Politik ver*rscht \(youtube.com\)](#) Mei Lei weist darauf hin, dass **der Gebrauch von Populismus-Argumenten nicht gleichmäßig über die Parteienlandschaft verteilt ist!**

¹⁷ [Transparency-05-small-text-web-1.pdf](#)

Inhaltliche Positionen für ein Wahlprogramm der Grünen für die Wahl zum Europaparlament 2024

- 1) Demokratie, Partizipation, direkte Demokratie, Politik-Verdrossenheit, Populismus
 - a. Die **Politikverdrossenheit nimmt in Europa und speziell auch in Österreich zu**¹⁸, die Mehrheit der Menschen hat das Gefühl die Politik nicht zu erreichen und dass die Politik relativ eigenständig und für die einfachen Menschen unbeeinflussbar agiert.¹⁹ Der Wunsch nach mehr Partizipation und direkter Demokratie ist unverändert groß. Die Menschen wollen Verantwortung übernehmen und bei großen Themen wie z.B. dem Klimaschutz mitgestalten, Inputs geben, gehört werden, Antworten erhalten und letztlich sich auch durchsetzen können, gemeinsam das letzte Wort haben.²⁰ Wenn ihnen das ermöglicht wird, ist auch das Vertrauen in die demokratischen Institutionen, Parlamente, Regierungen, Höchstgerichte stärker. In der Schweiz, dem Land mit der ausgeprägtesten direkten Demokratie ist die Zufriedenheit unter Jugendlichen mit dem Zustand der Demokratie deutlich höher als in Deutschland und Österreich.²¹
 - b. **„Alles für das Volk aber nichts durch das Volk“** (Josef II.)²² Gut gemeint ist oft zu wenig. Die gewählte Politik sollte daher nicht nur das Beste für die Menschen vorsehen wollen, sondern zusätzlich die **großen Fragen**: Klimaschutz, Ungleichheit in Vermögen und Einkommen, Krieg und Frieden etc. **mit den Menschen** wissenschaftsbasiert und deliberativ, am besten rund um Bürgerinnenräte, **erörtern** und ihnen damit verbunden auch das Initiativ-, das Veto- und **Entscheidungsrecht in Volksabstimmungen** zugestehen. In Irland wurden zwei Citizens' Assemblies zu den Themen Abtreibung und gleichgeschlechtliche Ehe mit Volksabstimmungen verbunden. Die Citizens Assembly, die u.a. die gleichgeschlechtliche Ehe behandelte war 2013-2014, danach 2015 folgte eine **Volksabstimmung** mit dem Ergebnis, dass in dem katholischen Land Irland die **gleichgeschlechtliche Ehe erlaubt** ist.²³ Die zweite Citizens Assembly fand 2016-2018 statt. Dabei unter anderem zum Zusatz-Artikel 8 Abtreibungsverbot und auf Wunsch der ausgelosten Teilnehmerinnen auch eine zum Klimaschutz „How the state can make Ireland a leader in tackling climate change“. Diese brachte 13 Empfehlungen hervor.²⁴ Zum Abtreibungsverbot folgte eine **Volksabstimmung**²⁵ mit dem Ergebnis: **Aufhebung des Abtreibungsverbots, zum Klimaschutz aber eben keine Volksabstimmung**, weil keine Verfassungsmaterie berührt wurde. Wie in Österreich hatte der irische Klimaschutz-Bürgerinnenrat fast keine Auswirkungen auf die Klimaschutzambitionen des Landes.²⁶ In Österreich waren für den Klimaschutzfortschritt die grüne Regierungsbeteiligung und das ausverhandelte und zum Großteil umgesetzte Regierungsprogramm verantwortlich – „Grün wirkt“. Über das Regierungsabkommen

¹⁸ [Direkte Demokratie - ein Lösungsansatz? - Demokratiezentrum Wien](#)

[Demokratie-Initiativen - Demokratiezentrum Wien](#) u.a. mit mehr demokratie!

¹⁹ [SORA Bericht Junge Menschen und Demokratie 2022 \(parlament.gv.at\)](#)

²⁰ [Tabellenband zur Umfrage "Direkte Demokratie" \(mehr-demokratie.at\)](#)

²¹ [DSJ Jugend- und Politikmonitor 2023 Schlussbericht.pdf](#)

²² [Kaiser Joseph II. - wissenschaft.de](#)

²³ <https://citizensassembly.ie/overview-previous-assemblies/>

²⁴ [climate-change-report-final.pdf \(rte.ie\)](#)

²⁵ <https://www.bbc.com/news/world-europe-44256152>

²⁶ [In-depth Q&A: Why Ireland is 'nowhere near' meeting its climate-change goals - Carbon Brief](#)

hinausgehende Empfehlungen wurden in Österreich im Antwortschreiben des BMK²⁷ auch mit „den fehlenden Mehrheiten im Parlament“²⁸ oder beim Klimaschutzgesetz „noch nicht verhandelt“ den Klimaratsteilnehmerinnen und der Öffentlichkeit erklärt. Der Wille eines repräsentativen Klimarats wird so, offiziell betätigt, zumindest teilweise nicht im österreichischen Parlament repräsentiert. Am 8. März, am Weltfrauentag wird Irland erneut eine Volksabstimmung, diesmal über die Rolle der Frau in der Ehe und Familie durchführen, die von einer Citizens' Assembly vorbereitet wurde.²⁹

- c. Schon im **antiken Athen**³⁰ wurden losbasierte Gremien in der vorbereitenden und ausführenden Exekutive und in der Gerichtsbarkeit mit direkter Demokratie in der Volksversammlung kombiniert.³¹ Entscheidend in der attischen Demokratie im antiken Griechenland war die Volksversammlung, die direktdemokratisch Gesetze durch die Anwesenden beschloss. Damit verbunden war ein losbasiertes Verfahren – „die 500“ zur Vorbereitung und Umsetzung der Gesetze. Heute werden direkt demokratische Verfahren nicht mehr durch Anwesenheit bei einem Versammlungsort, sondern bei Volksabstimmungen in Wahlzellen oder zunehmend auch digital durchgeführt. Losbasierte Bürgerinnenbeteiligung mit „Empfehlungscharakter“ an gewählte Gremien sind eine relativ junge Entwicklung in der Geschichte der Demokratie.
- d. **Direkte und losbasierte Demokratie in die EU-Verfassung bzw. die EU-Verträge:** Um zu vermeiden, dass Bürgerbeteiligung, wie z.B. in der europäischen Bürgerinitiative (EBI) oder österreichische Volksbegehren oder eben auch Klimaräte weitestgehend folgenlos bleiben^{32,33} und die Teilnehmerinnen, sowie die Bevölkerung enttäuscht werden braucht es klare verfassungsrechtliche Regeln, die wiederum gemeinsam mit der Bevölkerung z.B. in einem **europäischen Verfassungskonvent mit durch das Los ausgewählten Europäerinnen** erarbeitet werden sollten.³⁴ Diese Verfassungskonvente können dann die neuen Elemente, wenn sie es für richtig erachten auch ständige Bürgerrinnenräte und von der Bevölkerung initiierte Volksabstimmungen³⁵ mit bereits etablierten Parlamenten und Regierungen sowie der unabhängigen Justiz und unabhängigen Medien kombinieren. Eine **neue, verbesserte Gewaltenteilung** mit klaren Rechten und Pflichten für Volksabstimmungen, Bürgerinnenräte, gestärkten (EU)-Parlamenten mit Initiativrecht, unabhängiger Justiz in einer **neuen Verfassung**

²⁷ https://www.bmk.gv.at/dam/jcr:438f077e-1e72-4710-b270-8b3e9b8950be/BMK_Klimarat_Antworten_UA.pdf

²⁸ S. 8 im Antwortschreiben des BMK

²⁹ [Irish Government confirms date for planned referendums on constitutional references to family and women in home | The Irish Post](#)

³⁰ Die Lehren aus den Überlegungen zur attischen Demokratie sind auch dann relevant, wenn man berücksichtigt, dass Frauen, mittellose Männer, Gastarbeiter und Sklaven von demokratischen Rechten ausgeschlossen waren. Der Anteil nicht wahlberechtigter Erwachsener in Wien ist leider ebenfalls sehr hoch.

³² So haben auch die auf der BMI homepage aufgelisteten Volksbegehren, inklusive dem Klimavolksbegehren kaum zu unmittelbaren Gesetzesvorschlägen im Sinne der Initiatoren geführt.

³³ Aktuell wird von der EUC und von Ursula van der Leyen eine bereits versprochene Behandlung der EBI zur Käfighaltung abgelehnt. [Microsoft Word - Background Text End the Cage Age.docx \(democracy-international.org\)](#)

³⁴ Vor 20 Jahren hat die SPÖ ähnliche Ideen zu europäischen Volksabstimmungen gehabt, aber nur zu von ihr ausgewählten Themen und sie gleichzeitig in Österreich für bundespolitische Entscheidungen abgelehnt. [Cap für Instrument der EU-weiten Volksabstimmung | 12.05.2004 \(ots.at\)](#)

³⁵ Ein Vorschlag aus dem EUP sieht „von oben“ von den EU-Institutionen initiierte EU weite Referenden vor: „The draft report asks for the introduction of a mechanism for **EU-wide referendums** on matters relevant to the Union's actions and policies (including the approval of the Treaty reform proposals at hand), and enhance the existing participatory mechanisms.”

geschaffen von, mit und für die Bevölkerung wäre sehr wahrscheinlich die Folge. In Europa verdichten sich die Anzeichen für eine bevorstehende Vertragsänderung, eventuell wieder EU-Verfassung genannt.³⁶ Somit könnten diese Prinzipien und Kombinationsmöglichkeiten auf EU-Ebene und in Österreich nach der EU-Wahl von den Grünen eingebracht werden.

Mein Vorschlag für mehr Demokratie in der EU und in Österreich:

- Volksbegehren ab 100 000 österreichweit und Europäische Bürgerinitiativen (EBI) ab 1000 000 Unterschriften (in mind. 7 EU-Ländern) bekommen verlässlich eine Debatte und Abstimmung in der Legislative zu ihrem Anliegen.
- Ab 300 000 national in Österreich und 3000 000 Unterschriften in der EU wird eine Volksabstimmung zu einem (Verfassungs)-gesetz bzw. zu einer Richtlinie oder einer Vertragsänderung auf EU-Ebene abgehalten.
- Europäische und österreichische Verfassungs-/Vertragsänderungen führen wie in Irland und der Schweiz obligatorisch zu EU-weiten bzw. österreichischen Volksabstimmungen.
- Mit 150 000 in Österreich und mit 1500 000 Unterschriften in der EU innerhalb von 200 Tagen kann ein fakultatives (Veto)-Referendum zu Gesetzen, Direktiven, Verfassungsbestimmungen und Vertragsänderungen ausgelöst werden.
- Mit 100 000 in Österreich und 1000 000 Unterschriften in der EU kann ein nationaler bzw. EU-weiter repräsentativer, losbasierter Bürgerinnenrat³⁷ zu einem bestimmten Thema ausgelöst werden. Es können auch Stimmen für einen Bürgerinnenrat gemeinsam mit Volksinitiativen oder für Vetoreferenden gesammelt werden.^{38 39}
- Prinzipiell können die Bürgerinnen über alle Themen entscheiden, die auch von der gewählten Politik entschieden werden können. Minderheitenrechte und Menschenrechte sollten einen besonders hohen Bestandsschutz haben, der für die indirekte wie direkte Demokratie gleichermaßen gilt.⁴⁰

e. Ownership in der Gesetzgebung z.B. im Klimaschutz - Volksgesetzgebung

Diese tatsächliche und im wahrsten Sinne **entscheidende** Einbindung der Menschen erhöht auch die Akzeptanz von Klimapolitik, Steuerpolitik etc. Eine gleich gerechte, ökologisch wirksame und wirtschaftlich sinnvolle Politik wird bei Erarbeitung und Entscheidung durch und mit den Menschen stärker angenommen als im Falle einer inhaltlich gleichen Regelung, die „nur“ im Wege einer indirekt-demokratischen Entscheidungsfindung geschaffen wurde. Es entsteht „ownership“ durch Teilnahme und bewusste Übernahme von Verantwortung bei der Bevölkerung.

f. Vermögens- und Einkommensverteilung in Wechselbeziehung zur Demokratie

³⁶³⁶ [EU Treaties reform: MEPs submit proposals to strengthen EU capacity to act | News | European Parliament \(europa.eu\)](#)

³⁷ Im Rahmen der Conference for Europe gab es 4 Bürgerinnenräte a 200 repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen [Future of Europe: citizens' panel proposals on democracy and EU | News | European Parliament \(europa.eu\)](#)

³⁸ [4d1dc47a-d15e-18ad-e65f-11baa9b8624e \(vorarlberg.at\)](#) in Vorarlberg kann mit 1000 Unterschriften ein Bürgerrat ausgelöst werden.

³⁹ Aktuell wird eine EU-weiter BR für Energieeffizienz vorbereitet. [EU-Bürgerforum zu Energieeffizienz \(buergerrat.de\)](#)

⁴⁰ Zum Unterschied des Ansatzes von mehr demokratie! und den Forderungen der AfD siehe z.B. <https://www.mehr-demokratie.de/nachrichten/einzelansicht/in-den-afd-vorschlaegen-steckt-ein-autoritaerer-burgerfeindlicher-unschweizerischer-geist>

Die Einflussnahme von Superreichen und großen (fossilen) Konzernen auf die Politik ist sehr groß.^{41,42} Diese ökonomischen Ungleichheiten sind eine Gefahr für die Demokratie und auch für den Klimaschutz. Ansätze zur Schließung dieser Kluft zwischen Arm und Reich stärken die Demokratie.⁴³

Eine Studie über das norwegische Parlament zeigt, dass Parlamente oft nicht repräsentativ die Interessen der Wohlhabenden gegenüber den Interessen der Armen vertreten⁴⁴. Eine Umfrage in Deutschland zum Klimageld und zur Vermögensbesteuerung im Kontext des Klimaschutzes⁴⁵ zeigt ähnliche Ergebnisse.

Ähnlich wie der vollkommene Wettbewerb idealerweise unendlich kleine und viele wirtschaftliche Einheiten (Unternehmen und Haushalte) braucht um das Wohlfahrtsoptimum zu erreichen so braucht Demokratie die gleichmäßige Aufteilung der Macht auf möglichst viele Menschen, die gesamte Bevölkerung. Eine spitze Entscheidungspyramide mit der politischen Macht in den Händen weniger Personen, gleich wie sie genannt werden (Könige, Milliardäre, Präsidenten, Regierungen, Parteivorsitzende, Vorstände, CEOs großer Unternehmen, etc.) steht dem ursprünglichen Gedanken der Demokratie entgegen. Deswegen war schon seit dem antiken Griechenland die politische Gleichheit der Menschen als Voraussetzung für die Demokratie (Isonomie, Gleichheit vor dem Gesetz) mit Bemühungen zur Reduktion von ökonomischen Ungleichgewichten und einer ausgeprägten Gewaltenteilung verbunden.

g. Vermeidung der Spaltung der Gesellschaft – Gegen die Blasen- und Lagerbildung

Parteien wollen in erster Linie Wahlkämpfe gewinnen, im Wettbewerb an der Wahlurne, wie Unternehmen am (Wähler)-Markt bestehen.⁴⁶ Dazu werden auch unlautere Mittel eingesetzt, Fake-News verbreitet⁴⁷, Regierungen pauschal diffamiert und für alles Negative verantwortlich gemacht oder umgekehrt Oppositionsrechte eingeschränkt, demokratische Verfahren abgekürzt, Informationen vorenthalten. Von allen Seiten wird viel Eigenlob für die eigene Person oder die eigene Partei ausgesprochen und gleichzeitig werden Mitbewerber anderer Parteien heftig, vorwiegend nicht inhaltlich, kritisiert. Aschermittwoch-Reden sind diesbezüglich ein unrühmliches Beispiel.⁴⁸ Die Spaltung der Gesellschaft mit Blasen-Bildung in sozialen Medien und politischer Lagerbildung ist die mehr oder weniger intendierte Folge, zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung. Die Bevölkerung wünscht hingegen eine **Zusammenarbeit der Bürgerinnen und gewählten Politikerinnen**⁴⁹ und die **Umsetzung der besten Ideen von allen Seiten**. Dazu braucht es aber eigene Foren und Räume für Diskussion und wissensbasierte Deliberation außerhalb der klassischen, wettbewerblich organisierten

⁴¹ [Bedrohen Superreiche die Demokratie? | 42 - Die Antwort auf fast alles | ARTE \(youtube.com\)](#)

⁴² Prof. Rainer Mausfeld: Wie werden Meinung und Demokratie gesteuert? You tube video u.a. ab Min 48

⁴³ [The potential of wealth taxation to address the triple climate inequality crisis | Nature Climate Change](#)

⁴⁴ [Taxing the 1 per cent: Public Opinion vs Public Policy | British Journal of Political Science | Cambridge Core](#)

⁴⁵ [Deutliche Mehrheit fordert Einführung eines Klimagelds - Sonnenseite - Ökologische Kommunikation mit Franz Alt](#)

⁴⁶ So hat es Joseph A. Schumpeter in „Kapitalismus, Sozialismus, Demokratie“ im Demokratie-Kapitel 4 beschrieben. Er wertet diesen Wettbewerb als sinnvoll und lehnt Volkssouveränität als Illusion ab. Hier wird hingegen angenommen, dass partizipative und direkte Demokratie mit Marktwirtschaft gut vereinbar ist, wie auch die Schweiz beweist.

⁴⁷ [Heizgesetz: Wie die CDU eine gezielte Kampagne dagegen fuhr \(krautreporter.de\)](#)

⁴⁸ In den Worten von Conny Bischofsberger, Kronenzeitung 13.2.2024: „...Was ist mit den Unentschlossenen und Andersdenkenden? Mit all jenen, die das Herumgerede, das Schlechtmachen des politischen Gegners, die vielen Pläne und Versprechungen ohne Garantie auf Umsetzung satt haben? Sie müssen sich das schließlich alles nicht anhören. Wie wär's statt künftig noch mehr Reden zu schwingen, einmal mit den Leuten und auch miteinander zu reden? Dann würde vielleicht auch das Publikum wieder Lieber zuhören.“

⁴⁹ [Menschen wollen weniger... | KONTEXT Institut für Klimafragen \(kontext-institut.at\)](#)

Parteiendemokratie und der sozialen Medien mit ihren Blasen bildenden Algorithmen. Auch die EU-Kommission setzt deswegen verstärkt auf deliberative Versammlungen analog und online zumindest als Ergänzung zur indirekten Demokratie mit EU-Parlament und EU-Rat.⁵⁰ Damit können breite vorhandene Mehrheiten in der Bevölkerung⁵¹ für einzelne Sachlösungen u.a. im Bereich des Klimaschutzes in Klimaschutzpolitiken übersetzt werden.

h. Inklusion durch mehr Repräsentativität:

Sowohl bei Volksabstimmungen aber noch mehr bei Bürgerinnenräten nach der Anwendung des gewichteten Losprinzips ist der Anteil von Frauen, Minderheiten, Personen mit Behinderung so hoch wie es den Anteilen in der Gesamtbevölkerung entspricht. In den Parlamenten und Regierungen dominieren Männer, höhere Einkommensklassen und höhere Bildungsabschlüsse und Berufe, die nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung sind.

i. Der Souverän, die Bevölkerung entscheidet über die Mittel für die Demokratie

Sowohl die **Parteienfinanzierung** als auch das **Gehaltsschema für die gewählten Politikerinnen sowie die Bezahlung von gelosten Bürgerinnen in Bürgerinnenräten** auf allen Ebenen sollten **von der Bevölkerung**, z.B. in Bürgerinnenräten wie „Der gute Rat“ von Frau Engelhorn, vorbereitet und in Volksabstimmungen **entschieden werden**. Dabei sollte mitbedacht werden, dass auch einfache Menschen ohne Beziehungen und ausreichend eigenen finanziellen Mitteln ein politisches Mandat oder eine Losauswahl annehmen können und nicht nur Millionäre und Milliardäre. Zu hohe Gehälter andererseits entfernen die gewählte Politik von der Lebensrealität der sie wählenden Menschen und setzen falsche Anreize sich politisch zu engagieren.

Auf diese hier beschriebene Weise könnte auch mein mögliches Gehalt für ein EU-Mandat begrenzt werden und „Überzahlungen“ gesellschaftlich sinnvoll und demokratisch bestimmt der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden.

⁵⁰ [Commission recommends that Member States get citizens more involved in policymaking | CoP CC on Participatory and Deliberative Democracy \(europa.eu\)](#) [About the Competence Centre on Participatory and Deliberative Democracy | Knowledge for policy \(europa.eu\)](#)

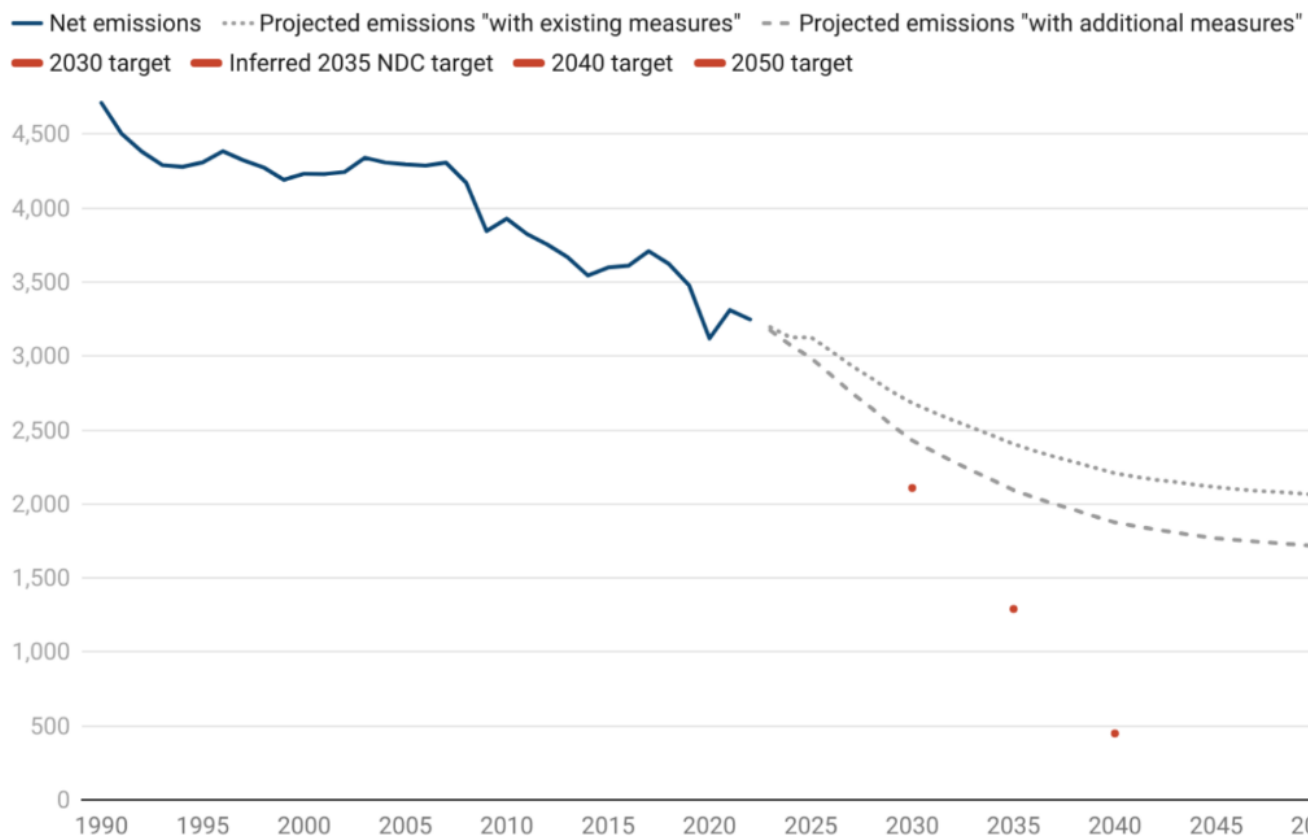
⁵¹ [Soziologe Steffen Mau zu sozialen Konflikten - ZIB 2 vom 19.02.2024 vom 19.02.2024 um 22:00 Uhr – ORF-TVthek](#) Prof. Mau spricht von einer Dromedar- im Gegensatz zu Kamel- Gesellschaft. Die öffentlich wahrgenommene Spaltung wird eher von den im Dauerwahlkampf befindlichen Parteien verstärkt oder ausgelöst.

2) Klimaschutz und Energiepolitik für Europa und für Österreich

Die EU war bisher weltweit führend beim Klimaschutz, verliert aber an Fahrt und die Ziele für 2040 und 2050 sind mit dem bestehenden Instrumentenmix und deren Umsetzung außer Reichweite, so ein aktueller Bericht des EU-Klimawissenschaftsrates.⁵²

Proposed EU 2040 climate goal would need much stronger policy

Past, projected and targeted emissions, MtCO₂e



Source: Eurostat, Carbon Brief analysis

CarbonBr
CLEAR ON CL

Um sich die Klimaschutzziele auch tatsächlich zu erreichen und gleichzeitig die Bevölkerung mitzunehmen, konkret zu informieren und letztlich auch entscheiden zu lassen schlage ich eine vier - stufige Herangehensweise für die Gestaltung des Klimaschutzes vor.

- Das Problem**,⁵³ wissenschaftlich definiert wie vom EU climate advisory board und den IPCC-Berichten
- die **Zielsetzung** zur Lösung, quantifiziert in Gt Kohlenstoff oder CO₂(äquivalente), die Lösung in TWh (erneuerbare Energie, Einsparung)
- wirkungsvolle klimapolitische Instrumente** zur Umsetzung und Zielerreichung, die in ihrer Gesamtheit das Ziel auch erreichen lassen.

⁵² [EU climate Advisory Board: focus on immediate implementation and continued action to achieve EU climate goals \(europa.eu\)](https://europa.eu/eu-press/press-summaries/en/10000)

⁵³ Diese Auflistung ist etwas an die Methodik der dynamic facilitation von Jim Rough angelehnt: Problemstellungen, Lösungen, Einwände, Informationen <https://youtu.be/WPK9e9sh-6E>

D) Darstellung der von Haushalten und Unternehmen gesetzten Maßnahmen samt ihren Auswirkungen

2.1 Zu hohe THG-Emissionen

Ausstieg aus der Verbrennung und Nutzung von fossilem Kohlenstoff

- A)** Es sind nicht nur die **Treibhausgaskonzentrationen global noch immer zu hoch und steigend** (wenn auch leicht abflachend) sondern auch die 422 ppm CO₂-Konzentration in der Atmosphäre und 1,5°C Erderhitzung des Jahres 2023 über den vorindustriellen Werten, die vorwiegend auf historische Emissionen zurückzuführen sind, liegen weit über den planetaren Grenzen. Bereits diese Konzentration führt zu einer aktuellen Klimakrise, die jetzt und auf Dauer für die nächsten Jahrhunderte, zu **hohe Schäden** hervorruft. Für diese Schäden⁵⁴ gibt es weltweit, aber auch nicht in der EU oder Österreich ausreichend finanzielle Mittel um die Opfer der Klimakrise mit Rechtsanspruch zu entschädigen. Die loss and damage Debatte⁵⁵ ist auf zwischenstaatlicher Ebene noch nicht gelöst, noch mehr fehlt aber ein individueller und subjektiver Rechtsanspruch auf Kompensation der Schäden durch die Klimakrise. Wir haben den nächsten Generationen eine mit **CO₂ verschmutzte Atmosphäre** überlassen, die wir **zu sanieren** haben. So wie der Straßenmüll von umweltbewussten Bürgerinnen eingesammelt wird, Mülldeponien saniert und manchmal geräumt werden müssen, so ist auch die **CO₂-Mülldeponie Erdatmosphäre** zu sanieren, von überhöhten CO₂-Konzentrationen zu befreien.
- B)** Daher braucht es neben dem **kompletten Ausstieg aus der Verwendung fossiler Rohstoffe (Erdöl, Kohle, Erdgas) bis 2040** und der über **95-prozentigen Senkung der Treibhausgasemissionen in der EU bis 2040**⁵⁶ auch eine schnellstmögliche Absenkung der globalen CO₂-Konzentration auf unter 350 ppm und dazu einen entsprechenden Beitrag der EU. **Naturverträgliche und relativ sichere Negativemissionen** werden dafür notwendig sein, wie z.B. Aufforstung, biochar (Holzkohle) in den Böden für die Landwirtschaft und eine veränderte Landwirtschaft, die zur CO₂-Aufnahme in den Böden führt (CO₂-farming)⁵⁷, Direct Air Capture (DAC) – Luftfilter - mit Sequestrierung – Speichern in geologischen Endlagern - von CO₂ und Bio-CCS (CO₂ aus Biomasse mit Endlagerung).⁵⁸ **CO₂-Emissionen aus fossilen Energiequellen** (Kohle- und Erdgaskraftwerke, Industrie etc.) sollten aber **nicht mit CCS** unter die Erde gebracht werden sondern durch den **Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Energien und fossiler Rohstoffe** vermieden werden.

100% erneuerbare Energie in Europa bis 2040:⁵⁹ Wenn fossile Energien und damit verbundene atomare Energiequellen (beides zentrale Großkraftwerkstechnologien)

⁵⁴ Die Attributionsforschung erlaubt inzwischen den Anteil des menschlich gemachten Treibhauseffekts an Wetterextremen festzustellen. [World Weather Attribution – Exploring the contribution of climate change to extreme weather events](#)

⁵⁵ [Understanding Loss and Damage \(europa.eu\)](#)

⁵⁶ [Q&A: European Commission calls for 90% cut in EU emissions by 2040 - Carbon Brief](#)

⁵⁷ Dazu auch ein Nano-Bericht. [NANO vom 20. Februar 2024: Antibiotika für alle - 3sat-Mediathek](#)

⁵⁸ [Schweiz klimapositiv \(Grüne Partei der Schweiz \(GPS\)\) — Sachdokumentation](#) S. 24 ff

⁵⁹ [Renewable energy | Fact Sheets on the European Union | European Parliament \(europa.eu\) Carbon Removal Certification - European Commission \(europa.eu\)](#)

zu 100% reduziert werden sollen, ist als Ersatz ausschließlich auf erneuerbare Energiequellen (Sonne, Wind, Wasser, Biomasse/gas, Geothermie, Gezeitenenergie, u.a.) und Effizienzsteigerungen wie auch Energiesparen (Suffizienz) zu setzen. Der Handel, Ex- und Import mit Strom-kWh, P2X-Energieträgern mit globalen Energieanbietern soll weiter möglich sein. Dazu auch gerne ein Ausbau der dafür notwendigen Transportkapazitäten (Pipelines, Schiffsterminals, etc.) Jedenfalls soll aber **bilanziell über das Jahr 100% des Bruttoinlandsverbrauches** (alle Sektoren, also auch Verkehr, Industrie, Landwirtschaft, Gebäude) **spätestens im Jahr 2040 durch erneuerbare Energiequellen auf EU-Territorium auch zur Erhöhung der Versorgungssicherheit** erreicht werden.

C) Instrumente für den Ausstieg aus fossilen CO₂-Emissionen und Einstieg in 100% erneuerbare Energien, Negativemissionen + Entschädigung für die Klimakrisenopfer:

- a. **Klimapositive EU⁶⁰:** Dafür wird in der EU ein Emissionshandelssystem für **Negativemissionen** angedacht. Dieses sollte aber jedenfalls **separat** sein und **nicht mit CO₂-Zertifikaten (für fossile Emissionen) aus dem EU-ETS I oder ETS II gegengerechnet werden können**. Der Ausstieg aus fossilen Emissionen bis 2040 muss gesichert sein, darf nicht verzögert oder ersetzt werden und gleichzeitig muss der Einstieg in Negativemissionen rechtzeitig begonnen werden um nach dem Ausstieg aus fossiler Energie- und Rohstoffwirtschaft ausreichend Negativemissionen zu erreichen.⁶¹
- b. **Explorationsverbot für fossile Rohstoffe auf europäischem Boden und Importverbot in die EU ab 2040:** somit wird sowohl der über Millionen von Jahren gebundene Kohlenstoff der Verbrennung zur Energiegewinnung/Umwandlung (Erdgas/Kohlekraftwerke, fossile Treib- und Heizstoffe) als auch Prozessen wie der Stahlerzeugung (integriertes Kohle-Hochofenstahl-Verfahren) oder Zementproduktion (Kalziumcarbonat für Klinker) als auch der Chemischen Industrie (z.B. Erdgas für Düngemittelproduktion, Kunststoffe etc.) spätestens ab 2040 entzogen.
- c. **Upstream-Besteuerung oder Förderrechtehandel für fossile Rohstoffe** ab 2025 bis 2040. Die Preise für in fossile Rohstoffe würden so planbar, bei einer Besteuerung oder fluktuierend bei einer mengenmäßigen Begrenzung ansteigen. So könnte diese Steuer mit 10 Euro/t Kohlenstoff **ab Bohrloch oder ab Importstelle** (Pipeline, Schiff, Zug etc.) beginnen und bis 2040 auf 150 Euro/t Kohlenstoff ansteigen oder die geförderte Menge um 7% pro Jahr abnehmend limitiert werden. Diese Kohlenstoff-Bepreisung ist mit bestehenden CO₂-Bepreisungen, die später in der fossilen Wertschöpfungskette ansetzen, vereinbar. Das würde nicht nur zu einer gleichmäßigeren, effizienteren und gerechteren Kohlenstoffbepreisung führen, sondern auch zu einer Verteuerung von fossilem Kunststoff oder Dünger. Damit wird auch eine Kreislaufwirtschaft mit nachwachsenden Rohstoffen NAWARO begünstigt. Damit kann auch langfristig aus der Verbrennung von fossilem Müll „Plastik“ ausgestiegen werden und Müllverbrennungs-CCS werden vermieden.

⁶⁰ [Für eine klimapositive Schweiz «Klimaplan» - GRÜNE Schweiz \(gruene.ch\)](#),

⁶¹ [Die planetarische Müllabfuhr \(mcc-berlin.net\)](#)

- d. **Der europäische CO₂-Emissionshandel: ETS I, II, III:** Das Flaggschiff des europäischen Klimaschutzes muss ausgebaut werden. Fix beschlossen und angewandt wurden bereits der Emissionshandel für Industrie und E-Wirtschaft (ETS I) mit Null-CO₂ bis 2039⁶² und seit April 2023 auch der ETS II für Verkehr und Gebäude.⁶³ Damit werden bereits rund 75% der CO₂-Emissionen abgedeckt. Ein ETS III für die Landwirtschaft sollte in der kommenden Legislaturperiode folgen. Letztlich sollten alle **Ausnahmen, Schlupflöcher wie u.a. die Befreiung für Yachten und Privat-Jets oder landwirtschaftliche Fahrzeuge oder Gratis-Verschmutzungsrechte für die Industrie beseitigt** werden und die 3 Emissionshandelssysteme bis spätestens 2035 zusammengeführt werden, einen CO₂-Preis haben. Ein **CBAM** – ein Grenzausgleichsmechanismus für die CO₂-Bepreisung – wird die Industrie in Europa halten und v.a. auch die CO₂-Bepreisung weltweit attraktiver machen um weiter nach Europa exportieren zu können.⁶⁴ Die EU sollte in den nächsten 5 Jahren auch die Anstrengungen für einen „**Kohlenstoff-Club**“⁶⁵ verstärken. Über den COP-Prozess der UNO hinausgehend müßte mit den USA, China, Japan und anderen Industrienationen eine gemeinsame CO₂-Bepreisung ohne Schlupflöcher aufgebaut werden.
- Die Rückführung der Mittel an Haushalte über den EU Just transition fund ist noch unzureichend und es kommt auf die für eine sozial ausgewogene Rückführung der Mittel zuständigen Mitgliedsstaaten eine große Verantwortung. Der CO₂-Preis könnte nach Berechnungen des MCC und des deutschen Umweltbundesamtes für den ETS II bei 200-300 Euro/t CO₂ liegen, z.B. 50-75 Cent/L Diesel. Damit werden **Klimaboni, ein europäisches Klimaticket** und Förderungen für den Umstieg auf effizientere Technologien (thermische Sanierung) und erneuerbare Energien (PV, Wind, Geothermie, Wasserkraft, Biomasse etc.) leichter finanziert und als klimafreundliche Alternative umso wichtiger.
- e. **EU-Energiesteuer-Richtlinie:** Während der Großteil des Fit for 55 Pakets im Green Deal bereits in Kraft gesetzt wurde, ist wegen der notwendigen Einstimmigkeit in Steuerfragen noch keine Bewegung bei der Revision dieser Richtlinie zu sehen. Wenn die unter (c.) genannte Upstream Besteuerung möglich würde, könnte auf eine Verbesserung im Bereich der EU-Energiesteuer-RL verzichtet werden. Sonst bleibt die Aufgabe der Harmonisierung und Kohlenstoff-Orientierung der bislang meist fiskalisch orientierten Energie-Steuern, in Österreich z.B. Mineralölsteuer, Erdgasabgabe, Kohleabgabe.

⁶² Bei angenommener Fortführung der bisher beschlossenen jährlichen Reduktionsmengen. [Climate change: Deal on a more ambitious Emissions Trading System \(ETS\) | News | European Parliament \(europa.eu\)](#)

⁶³ [Neuer EU-Emissionshandel - Heiz- und Benzinkosten könnten stark steigen - NÖN.at \(noen.at\)](#)

⁶⁴ So planen z.B. Indien, UK und die Türkei auch wegen ihrer Handelsbeziehungen mit Europa und des neuen CBAM eine CO₂-Bepreisung: https://youtu.be/oJ7_x1m1EdY, [New UK levy to level carbon pricing - GOV.UK \(www.gov.uk\)](#), [PowerPoint Presentation \(pmclimate.org\)](#)

⁶⁵ Auch „Climat Club“ genannt, ist ein Versuch einen gemeinsamen CO₂-Preis für die wichtigsten Industrienationen zu implementieren. Die USA sind mit ihrem IRA, der v.a. auf die Förderung inländischer Wertschöpfung im Bereich von Klimaschutzmaßnahmen setzt, von früheren CO₂-Bepreisungsversuchen mit Steuern oder Emissionshandel (Waxmann-Markey-Bill 2009) etwas abgegangen. [EU and U.S. Cooperation on Climate Clubs and Related Trade Measures \(csis.org\)](#)

f. **„Die CO₂/Kohlenstoff-Bepreisung ist nicht alles, aber ohne CO₂/Kohlenstoff-Bepreisung ist alles nichts“ – das gesamte Instrumentenmix**

Neben diesem Flaggschiff oder Kern der europäischen Klimapolitik werden mit Sicherheit auch alle anderen Instrumente des Fit for 55 Pakets des Green Deals weiter gebraucht. Insbesondere zu nennen: z.B. die verbesserte Gebäude-Richtlinie, die Erneuerbaren Energie-RL, die Flottenverbrauchsvorgaben für PKW und LKW, etc. Auch der Netzausbau, die Strompreis- und Netzentgeltgestaltung und die Flächen-(Widmung) für erneuerbare Energien, die oft national oder sogar auf Bundesländerebene zu entscheiden sind, werden für die Transformation zu 100% erneuerbarer Energie benötigt.

Für die anderen Treibhausgase Methan, Stickoxide, teilhalogenierte FKWs etc. sind Preisinstrumente nicht unbedingt am zweckmäßigsten. Hier ist oft das Ordnungsrecht mit Ge- und Verboten mit finanziellen Förderungen leichter anzuwenden.

Die CO₂-Bepreisung ist nur innerhalb des gesamten Instrumentenmix und für CO₂-Emissionen das effizienteste, effektivste und sozial gerechteste Instrument:

Effizient, weil es Anreize setzt die niedrigsten Vermeidungskosten in der Volkswirtschaft zu nutzen, damit den Klimaschutz für alle Beteiligten am günstigsten macht;

Effektiv, weil es bislang das einzige Instrument ist, das eine absolute Emissionsobergrenze kennt und – so gilt es in den nächsten 5 Jahren abzusichern – keine Preisobergrenze kennt.⁶⁶ Wenn alle anderen, notwendigen Instrumente wirkungsvoll werden, wird der CO₂-Preis niedrig bleiben. Wenn allerdings andere Instrumente untererfüllen, wird der CO₂-Preis so hoch, dass das gesetzte THG/CO₂-Reduktionsziel jedenfalls erreicht wird, ein Sicherheitsnetz, eine Erfüllungsgarantie für den EU-Klimaschutz. Der österreichische Klimarat hat sich zu ausreichend hohen CO₂-Preisen in Österreich bis 230 Euro/t CO₂ bis 2030 bekannt.⁶⁷ Ähnliche Ergebnisse auch im dänischen Klimarat.

Sozial gerecht, weil ausreichend Einnahmen lukriert werden, die helfen die horizontale⁶⁸ wie auch vertikale⁶⁹ Verteilungsgerechtigkeit zu verbessern. Diese Einnahmen werden bei den anderen Instrumenten (Ordnungsrecht und Subventionen) nicht erzielt und der soziale Ausgleich der Kosten von Klimaschutzmaßnahmen ist schwieriger.

⁶⁶ Die oft zitierten 45 Euro/t CO₂ aus dem ETS II sind mangels ausreichender CO₂-Zertifikate in der MSR nicht auf Dauer zu halten. Die Mengenziele müssen eingehalten werden.

⁶⁷ „2022 wird in Österreich die CO₂-Bepreisung eingeführt. Die Lenkungswirkung dieser Maßnahme soll durch die jährliche Anhebung des CO₂-Preises stark erhöht werden: bis 2025 auf 120 EUR und bis 2030 auf 240 EUR je Tonne. Ein Klimabonus soll die Mehrkosten durch die CO₂-Bepreisung für untere und mittlere Einkommen – bei durchschnittlichem Energieverbrauch – zur Gänze abdecken.“ [Klimarat der Bürgerinnen und Bürger \(bmk.gv.at\)](https://www.klimarat.gv.at/)

⁶⁸ Haushalte in einer Einkommensklasse können sehr unterschiedlich CO₂-intensiv sein. Das wird punkto Verkehr z.B. im österreichischen Klimabonus mit regionaler Differenzierung berücksichtigt. Im Gebäudebereich gilt das noch nicht.

⁶⁹ Die grundsätzlich regressive Verteilungswirkung der CO₂-Bepreisung (untere Einkommensdezile zahlen absolut weniger aber relativ mehr als die oberen Einkommensdezile) kann durch Pro-Kopf Transferzahlungen und z.B. 100% Förderung für thermische Sanierung und Heizungstausch für ärmere Haushalte ausgeglichen und überkompensiert werden. In Summe kann eine progressive Verteilungswirkung entstehen.

g. **Ein Entschädigungsfonds, gespeist aus der CO2-Bepreisung mit Rechtsanspruch für die Klimakrisenopfer**

Die bisherigen Katastrophenfonds sind unterdotiert und von Budgetrestriktionen abhängig. Versicherungen schließen die riskantesten Gebiete bereits von Versicherungsleistungen aus. Selbst wenn Versicherungen angeboten werden zahlen die potentiellen und tatsächlichen Opfer sich ihre Schäden selbst, nur gleichmäßiger aufgeteilt.^{70 71} Der neu zu schaffende Entschädigungsfonds soll durch die CO2-Bepreisung gespeist werden und die hochgerechneten Schäden⁷² abdecken. Es soll dadurch vermieden werden, dass allgemeine Budgetmittel (zu über 2/3 Umsatzsteuern und Steuern auf Arbeit) dafür herangezogen werden, die nicht mit dem CO2/THG-Ausstoß korrelieren.

D) Was die Bevölkerung davon hat: Die Europäerinnen und Österreicherinnen werden **mehr erneuerbare Energien** nutzen um diese Negativemissionen zu ermöglichen. Die **Landwirtinnen bekommen für Kohlenstoffaufnahmen in ihren Böden zusätzliche Vergütungen**, haben eine neue Einkommensquelle. Die Renaturierung von Mooren, Humus-reichen, lockeren und lebendigen Böden und von Feuchtgebieten erhöht den Erholungswert von Wanderern und Naturliebhabern, fördert auch die **Biodiversität**. Ehemalige fossile Lagedstätten z.B. im Weinviertel und Marchfeld könnten für die Aufnahme von Kohlenstoff genutzt werden.⁷³ So könnten bisherige, fossile Jobs für Exploration und Förderung zukünftig in **green jobs für Kohlenstoffsenken** umgewandelt werden.

Die Bevölkerung wird mehr und **bessere öffentliche Verkehrsmittel** nutzen, die **E-Mobilität** wird sich durchsetzen und ihren Beitrag zur Stabilisierung der Stromnetze⁷⁴ leisten. Mehr Rad- und Fußverkehr stärkt die Gesundheit und trägt ebenfalls zu sauberer Luft v.a. auch in den Städten bei. Die **gut gedämmten Gebäude mit erneuerbarer Energie beheizt und gekühlt** werden wohnlicher mit angenehmeren Raumklima und sauberer Luft. **Agri-PV** reduziert die Austrocknung der Böden und schützt sie vor Erosion. Blühstreifen eingesparte Flächen für Agro-Diesel erhöhen die Biodiversität. **Windenergie** liefert v.a. im Winterhalbjahr ausreichend Strom für Wärmepumpen Elektromobilität und Industrie, auch in den westlichen Bundesländern Österreichs.

Die **Kaufkraft der ärmeren Bevölkerung wird verhältnismäßig gestärkt** unabhängig von der Inflation. Die **Preisstabilität** wird durch die **Vermeidung externe Preisschocks und einer Fossilflation** (z.B. Angriffskrieg Putins mit folgender Gas- und Strompreiskrise) und durch die zu internationalen Energiepreisen antizyklischen Emissionshandelspreise **erhöht**. Das stärkt auch den Standort Europa. Die **Finanzierung von Kriegen und Terror durch Autokratien und Diktaturen durch die Bezahlung fossiler Energierechnungen** wird zumindest in Europa gestoppt.

⁷⁰ [Das Ende der Hochwasser-Demenz \(klimareporter.de\)](https://www.klimareporter.de)

⁷¹ [Extremwetter: Erste Schätzungen für 2023 – über 1 Mrd. Euro Schäden | Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs, 18.01.2024 \(ots.at\)](https://www.ots.at)

⁷² [Understanding Loss and Damage \(europa.eu\)](https://www.europa.eu)

⁷³ Der Transport von abgeschiedenem CO2 nach Norwegen erscheint für die nächsten 10-15 Jahre, diese sind entscheidend, eher unrealistisch, auch wenn das BKA und BMF diesbezügliche Überlegungen hat. [Nehammer für unterirdische Speicher: Vorbild Norwegen: "Es ist Zeit, dass auch Österreich CO₂ einspeichert" \(kleinezeitung.at\)](https://www.kleinezeitung.at)

⁷⁴ Dafür braucht es dynamische Strom- und Netztarife wie im Entwurf des EIWG vorgesehen.

Die Gefährdung durch die Atomtechnologie wird reduziert und die **lokale Wertschöpfung** auch auf Gemeindeebene u.a. durch **Energiegemeinschaften** erhöht. Die **Versorgungssicherheit erhöht sich** und die **black out Gefahr sinkt** als Folge besserer Stromnetze und dezentraler Speicher.

3) Bodenschutz

Ich möchte anregen, dass „**alle Bürgerinnen und Bürger eingeladen werden gemeinsam mit der gewählten Politik Ziele und Instrumente für den Bodenschutz zu erarbeiten und zu beschließen.**“ - nicht nur Landeshauptleute, Bürgermeister und (Umwelt)-Gemeinderäte. Wichtiger ist die Einbeziehung der Bevölkerung, die auch entscheiden können soll. Dazu wurde in **Wolkersdorf ein tatsächlich repräsentativer Bürgerinnenrat abgehalten.**⁷⁵ Ich setze mich dafür ein, dass die Ergebnisse umgesetzt werden, gleich ob ich alle Inhalte teile, weil es demokratiepolitisch notwendig ist. Den Großteil der Empfehlungen kann ich sehr unterstützen. Wenn der Gemeinderat nicht umsetzt, besteht die Möglichkeit für die Bevölkerung eine Volksbefragung auszulösen, die in NÖ auch verbindlich sein kann, wenn der GR sie zuvor einem GR Beschluss gleichsetzt. Ähnlich wäre in Österreich und auf EU-Ebene vorzugehen. Das wäre ein Beispiel für die sinnvolle Verbindung von losbasierten Beteiligungsformen und verbindlichen Abstimmungen, wie sie mir auch für Europa vorschwebt.

Ich hoffe einige oder mehrere dieser Ansätze finden Euro Unterstützung

Erwin Mayer

⁷⁵ [https://www.wolkersdorf.at/Gemeindeamt Politik/Politik/Livestream.](https://www.wolkersdorf.at/Gemeindeamt_Politik/Politik/Livestream.) : [https://www.wolkersdorf.at/Gemeindeamt Politik/Politik/Livestreamhttps://www.wolkersdorf.at/Buerger_innenrat_Ergebnispraesentation_am_Mittwoch_den_27_September](https://www.wolkersdorf.at/Gemeindeamt_Politik/Politik/Livestreamhttps://www.wolkersdorf.at/Buerger_innenrat_Ergebnispraesentation_am_Mittwoch_den_27_September)